

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

252. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 12. September 2002

Inhalt:

Gedenken an die Opfer der Anschläge am 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten von Amerika	25459 B
Erweiterung der Tagesordnung	25459 C
Begrüßung des Vorsitzenden der UNP-Fraktion in der Assemblée Nationale, Herrn Jacques Barrot	25459 D
Nachträgliche Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten Detlef Parr und Volker Neumann (Bramsche)	25470 B

Tagesordnungspunkt 1:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) (Drucksache 14/9750)	25459 D
b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2002 bis 2006 (Drucksache 14/9751)	25460 A
Hans Eichel, Bundesminister BMF	25460 A

Tagesordnungspunkt 2:

a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften und zur Errichtung eines Fonds „Aufbauhilfe“ (Flutopfersolidaritätsgesetz) (Drucksachen 14/9894, 14/9934, 14/9935, 14/9936)	25470 C
--	---------

- Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der PDS eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Ausgleich der von der Hochwasserkatastrophe im August 2002 verursachten Eigentumsschäden (**Hochwasserschaden-Ausgleichsgesetz**) (Drucksachen 14/9895, 14/9934, 14/9935, 14/9936) 25470 C
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses
 - zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: **Schnelle Hilfe für die Flutopfer**
 - zu dem Antrag der Fraktion der PDS: **Stärkere Beteiligung von Großunternehmen an der Bewältigung von Hochwasserschäden durch Körperschaftsteuer auf Veräußerungsgewinne**
 - zu dem Antrag der Fraktion der PDS: **Stärkere Beteiligung von Kapitalgesellschaften an der Bewältigung von Hochwasserschäden durch Erhöhung der Körperschaftsteuersätze**
 - zu dem Antrag der Fraktion der PDS: **Bewältigung der Flutkatastrophe gerecht finanzieren – Vermögensabgabe erheben**
 - zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **zu der Abgabe einer**

Präsident Wolfgang Thierse

- (A) b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2002 bis 2006

– Drucksache 14/9751

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die heutige Aussprache im Anschluss an die Einbringung des Haushalts fünfeinhalb Stunden vorgesehen. Für Morgen ist eine vierstündige Debatte zum Etat des Bundeskanzleramtes und weiterer Geschäftsbereiche vereinbart. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Das Wort zur Einbringung des Haushalts hat der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel.

Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen (von der SPD sowie von Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als das Bundeskabinett am 19. Juni den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2003 verabschiedete, konnte niemand mit der **Flutkatastrophe** rechnen, die im vergangenen Monat so viel zerstört hat. Wir wissen immer noch nicht, wie hoch der Schaden letztlich sein wird. Aber bereits jetzt steht eine zweistellige Milliardensumme als Hilfe für die Betroffenen bereit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Die Schäden erreichen Dimensionen, die wir nicht allein der enormen Spendenbereitschaft der Bevölkerung sowie der Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe der Betroffenen überlassen können. Hier muss der gesamte Staat helfend eingreifen. Ich bin froh, dass es in diesem Punkte zwischen den politischen Parteien keinen Dissens gab. Die Deutschen in Ost und West standen und stehen zusammen wie selten zuvor. Wir alle haben auf beeindruckende Art gelernt, wie weit die deutsche Einheit wiederhergestellt ist, viel weiter, als mancher Skeptiker befürchtet hat. Solidarität wurde von vielen durch Spenden und direkte Hilfe praktiziert. Niemand hat zuerst gefragt: Bin ich betroffen? Im Gegenteil, alle haben gefragt: Wo kann ich helfen? Dafür ist allen zu danken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der PDS)

Jetzt müssen wir schnell den Weg zurück zur Normalität finden. Die Beseitigung der Flutschäden ist bereits in vollem Gange. Die Gelder des Staates fließen in die betroffenen Regionen und an die Geschädigten. Anpacken statt verzagen, lautet jetzt die Devise. Aus dieser Situation können eine neue Chance und ein neuer An Schub für den Aufbau in den betroffenen Regionen entstehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei allem Konsens: Große Unterschiede gab und gibt es in der Art und Weise, wie die einzelnen Parteien das staatliche Hilfspaket finanzieren wollen. Selten zuvor traten die prinzipiellen Unterschiede in der Finanzpolitik so

klar hervor wie bei dieser Gelegenheit. Die Bundesregierung setzt auf eine solide Finanzierung unter Verzicht auf neue Schulden. Die Opposition wollte auf das Instrument zurückgreifen, das dieses Land in den 90er-Jahren in eine enorme finanzpolitische Schräglage gebracht hat: auf immer mehr Schulden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Verschuldungspolitik**, durch die bis 1998 beim Bund ein Schuldenberg von rund 750 Milliarden Euro angehäuft wurde, wäre nach dem Willen der Union und der FDP fortgesetzt worden, wenn wir das zugelassen hätten. Schulden sind ein süßes Gift. Wie Süchtige sind ihm Union und FDP verfallen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE – Lachen bei Abgeordneten der FDP)

– Ich weiß, dass Sie an dieser Stelle jedes Mal unruhig werden. Sie werden noch an anderen Stellen unruhig werden, wenn ich Ihnen den Spiegel vorhalte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen die für den Schuldenberg Verantwortlichen nicht schon wieder ans Werk lassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die schleichende Vergiftung fortzusetzen hat unser Land nicht verdient. Würden wir den Finanzierungsvorschlag der Opposition akzeptieren, käme uns das sehr teuer zu stehen. Die zusätzlichen Schulden hätten pro Jahr 400 Millionen Euro an Zinsen zur Folge, und zwar für viele Jahre. Das sind jahrein, jahraus mehr als 1 Million Euro pro Tag. Davon ließen sich jeden Tag fünf sehr schöne Einfamilienhäuser bezahlen. Dieses Geld würden wir sozusagen nachträglich in die Fluten werfen und es damit zusätzlich zu den bereits entstandenen Schäden vernichten. Das kann kein vernünftiger Mensch wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Stoiber hat mit seiner Behauptung, Zinsen zu zahlen sei besser, als Steuern nicht zu senken, Unrecht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sagen Sie mal etwas über den Haushalt!)

Das Gegenteil stimmt! Niedrige Schulden sind die Voraussetzung für niedrige Zinsen und einen stabilen Euro.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch Zinsen müssen schließlich aus Steuern bezahlt werden. Das ist nicht, wie Sie vielleicht früher gedacht haben, erst ab morgen, sondern ab sofort notwendig. Höhere Zinsausgaben heute erzwingen höhere Steuern morgen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich ziehe aus Ihren Vorschlägen eine entscheidende Schlussfolgerung: Sie haben den europäischen Stabilitäts- und

Bundesminister Hans Eichel

- (A) Wachstumspakt zwar herbeigeführt, ihn aber nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das ist eine Dreistigkeit sondergleichen!)

– Seien Sie vorsichtig! Ich kenne eine ganze Reihe Finanzminister in Europa, die dem konservativen Lager angehören und Sie als ein Risiko für den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ansehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ach du lieber Gott! Nennen Sie doch mal Namen! Einen Namen nur, Herr Eichel! – Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Ross und Reiter!)

– Fragen Sie die europäischen Finanzminister aus Ihrem Lager,

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Nein, hier bitte! – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: So eine schöne Einbringung habe ich noch nie erlebt!)

was sie von Ihren Vorschlägen in diesem Wahlkampf halten!

Die Fluthilfe muss solide finanziert werden. Deswegen werden wir die für das nächste Jahr geplante Entlastung bei der **Einkommensteuer** um ein Jahr verschieben und parallel dazu, auf ein Jahr befristet, den großen Unternehmen durch eine Anhebung des **Körperschaftsteuersatzes** um 1,5 Prozentpunkte einen Solidarbeitrag abverlangen. Die dadurch frei werdenden Mittel stehen zur Beseitigung der Schäden der Flutkatastrophe zur Verfügung.

(B)

Die Flutkatastrophe erfordert eine Änderung des Bundeshaushalts an einigen wenigen Stellen. Zur Bündelung der Mittel wird der Fonds „Aufbauhilfe“ gegründet. Trotz der Zahlungen in diesen Fonds wird die Nettokreditaufnahme des Bundes in den nächsten Jahren, wie angekündigt, weiter sinken. Nach 21,1 Milliarden Euro in diesem Jahr bleibt es bei der für 2003 geplanten Neuverschuldung in Höhe von 15,5 Milliarden Euro. An diesem Wert werden wir festhalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unser Land ist leistungsfähig. Wir können die entstandenen Schäden überwinden, ohne zukünftige Generationen in die Pflicht zu nehmen. Der Schaden ist jetzt entstanden und wir müssen ihn jetzt beseitigen. Wenn die Versicherungen, die bereits jetzt eine Zunahme der Schäden konstatieren, mit ihrer Voraussage Recht haben, dass es künftig noch mehr solcher Schäden geben wird, frage ich Sie: Wollen Sie diese Schäden jedes Mal wieder durch eine Neuverschuldung finanzieren? Wohin soll das führen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukünftige Generationen werden eigene Herausforderungen zu meistern haben, die vor allem aus einer alternierenden Bevölkerung und aus sinkenden Bevölkerungszahlen resultieren. Wir können den zukünftigen Generationen

nicht auch noch unsere Lasten aufbürden. Deshalb wird es mit uns keine Schuldennlösung geben. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb bleibt es bei dem eingeschlagenen **Konsolidierungskurs** mit dem Ziel, im Jahr 2006 einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Er wird durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet, weil wir die Schadensbeseitigung solide finanzieren.

Mit dem Bundeshaushalt 2003 haben wir die **Nettokreditaufnahme** im Vergleich zu 1998 fast halbiert. Die eingeplanten 15,5 Milliarden Euro stellen den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung dar.

Alles, was unsere Finanzpolitik auszeichnet, ist für die Union ein Fremdwort: Solidität, Nachhaltigkeit, Ausgabenkontrolle und Rückführung der Neuverschuldung. Das lässt sich belegen, wenn man einen Blick zurückwirft: Von 1995 bis 1998 – in den letzten vier Jahren, die Sie zu verantworten hatten – hat der Bund rund 230 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Das ist eine gewaltige Summe: 230 Milliarden Euro. Von 1999 bis 2002 waren es nur – dabei lasse ich an dieser Stelle die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen außen vor, weil sie nicht eingeplant waren – 80 Milliarden Euro. Das ist ein Unterschied von mehr als 150 Milliarden Euro, und das trotz der riesigen Schulden- und Zinsbelastung, die uns die Regierung Kohl hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umso froher bin ich darüber, dass wir die Entscheidung durchgesetzt haben, die nicht geplanten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen für die Schuldentilgung einzusetzen. Wie ich Sie kenne, hätten Sie auch diese Mittel noch ausgegeben. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ludwig Stiegler [SPD]: Herr Stoiber wollte sie verjubeln!)

Mindestens 2,5 Milliarden Euro weniger Zinsen jedes Jahr sind die Konsequenz dieser Entscheidung. Die durch unsere Ausgabendisziplin gesparten Zinsen nutzen wir jetzt für Zukunftsinvestitionen. Wir können uns wieder etwas mehr leisten. Ohne den Regierungswechsel 1998 wäre Deutschland heute ärmer.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU)

Von 1994 bis 1998 hat der Bund im Durchschnitt 13 Prozent seiner Ausgaben durch Schulden finanziert. Von 1998 bis 2001 – ich lasse dabei die UMTS-Erlöse wieder außen vor – waren es nur rund 10 Prozent. In diesem Jahr werden es nur noch rund 8,5 Prozent sein. Das ist der niedrigste Stand seit 1989. Der Bundeshaushalt 2003 sieht eine **Schuldenquote** von nur noch 6,3 Prozent vor. Innerhalb von fünf Jahren haben wir also die Schuldenquote fast halbiert. Das ist der niedrigste Wert seit 1974.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet rund 14 Milliarden Euro – ich betone: 14 Milliarden Euro – weniger Schulden. Eine ganze

Bundesminister Hans Eichel

- (A) Kreisstadt könnte so Millionär werden, ohne sich den Fragen von Günther Jauch aussetzen zu müssen.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Schuldenrückgang haben wir erreicht, obwohl der Anteil des Bundes am Steueraufkommen insgesamt gesunken ist. 1994 bekam der Bund noch 48 Prozent der gesamten Steuereinnahmen. 2002 waren es nur noch knapp 43 Prozent. So viel zu der Mär, dass wir den Bundeshaushalt auf Kosten der Länder und Gemeinden saniert hätten!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die volkswirtschaftliche **Steuerquote** wird in diesem Jahr mit 21,5 Prozent einen historischen Tiefststand erreichen. Wir haben nicht über die Einnahmeseite konsolidiert, wie Sie nicht müde werden, als Märchen im Lande zu verbreiten. Wir haben vielmehr die Ausgaben kontrolliert. Nach unserer Finanzplanung werden die Ausgaben im Jahr 2003 trotz zusätzlicher finanzieller Belastungen durch den Wiederaufbau in den Katastrophengebieten – ich betone das – unter dem liegen, was wir 1999 im Zukunftsprogramm 2000 hinsichtlich der Konsolidierung geplant hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das kommt natürlich nicht von ungefähr. Das ist das Ergebnis unserer harten Arbeit, das man nicht mit der einmaligen Aufstellung eines Haushalts erreichen kann. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben zum Beispiel bei den Verhandlungen über die Agenda 2000 erreicht, dass das, was Deutschland an den **EU-Haushalt** abführen muss, gesenkt worden ist. Auch das war eine der Hypothesen, die wir von Ihnen übernommen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem hat der beständige Kampf mit allen Beteiligten darum, dass der EU-Haushalt nicht in so starkem Maße wächst, dazu geführt, dass Deutschland weniger an die EU abführen muss. Sie wollen nun die Mittel, die aus dem EU-Haushalt in den Bundeshaushalt zurückgeführt werden, für neue Ausgaben einsetzen. Davor kann ich Sie allerdings nur warnen. Denn diese Mittel sind erstens in den Steuerschätzungen schon berücksichtigt. Zweitens muss man bedenken, dass noch nicht alle Mittel der Strukturfonds ausgezahlt worden sind. Hier werden in den nächsten Jahren noch Ausgaben auf uns zu kommen. Wer also heute die aus dem EU-Haushalt zurückgeführten Mittel ausgeben will, wird später doppelt so viele Probleme haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war des Weiteren ein großer Kampf – hier hat der Bundeskanzler persönlich außerordentlich viel erreicht –, **Russland** dazu zu bringen, seine Situation im Pariser Club so zu sehen wie jedes Land, das wirtschaftlich stark ist und seinen Verpflichtungen voll nachkommt. Das hilft uns natürlich. Ich muss keine zusätzlichen Ausgaben ein-

planen, wenn Russland ein solider Schuldner ist und seine Schulden bedient. (C)

Wenn ich nur daran denke, welche Sorgen uns dieser Tage Brasilien bereitet hat! Hier kommt wieder eine Aufgabe auf uns zu, die wir erledigen müssen. Deswegen ist die deutsche Bundesregierung im IWF intensiv tätig gewesen; denn wenn dort etwas passierte, hätten wir wiederum ein Haushaltsrisiko in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro Jahr für Jahr zu tragen. Wer also mit der Konsolidierung vorankommen will, muss in der Tat das ganze Jahr über an den Positionen des Haushalts arbeiten.

Mit allen Konsolidierungsbemühungen haben wir zugleich in die Zukunft investiert, wobei nicht nur das, was in Beton und Asphalt, sondern auch das, was in die Köpfe investiert worden ist, als Investitionen anerkannt werden muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber selbst wenn ich den herkömmlichen Investitionsbegriff zugrunde lege, ist festzustellen, dass die **Investitionsquote** 1998 bei 11 Prozent lag und im nächsten Jahr schon bei 12,7 Prozent liegen wird. Allein die Verkehrsinvestitionen steigen – ich betone das – von 1998 bis 2003 um fast 32 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

All diese Zahlen belegen, auf welchem finanzpolitischen Treibsand die Unionskonzepte aufgebaut sind. Schulden schaden!

Die Vorschläge der FDP sind auch nicht besser. Sie rufen gerne laut nach pauschalen Subventionskürzungen, trauen sich aber nicht, auch nur eine Maßnahme konkret zu nennen. (D)

(Widerspruch bei der FDP)

Allenfalls verlangen Sie – das haben Sie in der Vergangenheit immer wieder getan – die Kürzung der Steinkohlesubventionen. Ich sage Ihnen dazu nur: Diese Subventionen – die haben wir von Ihnen geerbt – werden als Einzige immer stärker abgebaut. Wir mussten dafür sorgen, dass der Vertrag, den Sie in diesem Zusammenhang geschlossen hatten, eingehalten wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schaut man diesbezüglich in die Vergangenheit, dann weiß man auch, warum Sie keine Vorschläge machen. An der Vorgängerregierung war schließlich auch die FDP beteiligt.

Von 1994 bis 1998 stiegen die im Haushalt veranschlagten **Subventionen** um 1,8 Milliarden Euro. Seit wir an der Regierung sind, sanken sie um mehr als 3 Milliarden Euro. Wir reden nicht nur, wir handeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die finanzpolitischen Kennzahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Bis 1998 gab es viel finanzpolitisches Gerede. Ab 1999 war die Zeit für Taten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU)

Bundesminister Hans Eichel

- (A) – Sehen Sie, so kann sich Ihr eigener Wahlkampflogan gegen Sie kehren, meine Damen und Herren. Sie hatten doch 16 Jahre Zeit für Taten und das weiß auch die Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Den Wiederaufbau der hochwassergeschädigten Regionen bezahlen wir parallel zu den Leistungen im Rahmen des Solidarpakts II. Von 2005 bis 2019 wird der Bund den **ostdeutschen Ländern** insgesamt rund 156 Milliarden Euro zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten zur Verfügung stellen. Danach müsste die teilungsbedingte Infrastrukturlücke zum Westen geschlossen sein.

Ab 2005 übernimmt der Bund außerdem die Verbindlichkeiten des Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds aufgelöst. Den Aufbau Ost stellen wir damit auf eine verlässliche finanzielle Grundlage und sorgen durch den neuen Aufbaufonds dafür, dass der Aufbau Ost nicht gefährdet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden die Schäden schnell beseitigen. Das Hochwasser soll den Aufholprozess Ostdeutschlands nicht gefährden. Das Entscheidende aber ist das Vertrauen der Menschen; denn sie müssen es machen. Wir können ihnen beistehen. Wir können finanzielle Rahmenbedingungen schaffen. Dafür schnell, klar und solidarisch zu sorgen ist unsere gemeinsame Aufgabe. Auch das muss heute hier entschieden werden.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn es am Bau noch immer Probleme gibt, und zwar erhebliche, so kommt dieser Aufholprozess insgesamt doch gut voran. Die Industrieproduktion wuchs in Ostdeutschland von 1997 bis 2001 dreimal schneller als in Westdeutschland. Die internationale Konkurrenzfähigkeit ist gleichzeitig enorm gestiegen. Der Exportanteil am Umsatz stieg von 14,6 Prozent auf 23,2 Prozent. In der ostdeutschen Industrie gibt es heute rund 50 000 Beschäftigte mehr als 1997.

Wir haben im Einzelplan für den **Verkehr** als Folge der Hochwasserkatastrophe Umstrukturierungen vorgesehen. Die hochwassergeschädigten Regionen werden zusätzlich 1 Milliarde Euro bekommen. Das ändert aber nichts am Gesamtvolumen. Die Verkehrsträger erhalten in 2003 12 Milliarden Euro für Investitionen. Bis 2006 steigt die Summe auf 12,3 Milliarden Euro. Damit besteht über eine längere Zeit Planungssicherheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erstmals sind auch die Einnahmen aus der LKW-Maut im Haushalt berücksichtigt. Damit kann das Anti-Stau-Programm anlaufen, mit dem volkswirtschaftlich schädliche Engpässe auf den Autobahnen beseitigt werden.

Der Bundeswehreinsatz an den Deichen wird vom Bund bezahlt. Der Verteidigungsminister wird Mittel aus seinem Einzelplan dafür einsetzen. Im Jahr 2003 wie in

den folgenden Jahren bis 2006 stehen für den Verteidigungshaushalt je 24,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Die 767 Millionen Euro für Antiterrormaßnahmen, die wir auch in diesem Jahr eingeplant hatten, werden in den **Verteidigungshaushalt** integriert. Das Geld reicht für die Fortführung der Bundeswehrreform aus.

Der Aufschwung in Deutschland hat bereits eingesetzt.

(Lachen bei der CDU/CSU – Hans-Peter Reppnik
[CDU/CSU]: Eichels Märchenstunde!)

– Zahlen dazu werde ich Ihnen gleich vorhalten. Daran kann man richtig schön studieren, wie Sie mit der Realität umgehen, nur weil Sie sich einen Wahlkampfvorteil davon versprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für das Gesamtjahr 2002 erwarte ich weiterhin eine reale Wachstumsrate von einem Dreiviertelprozent. Damit liegen wir in der Mitte des Prognosespektrums.

Wer hat denn dem Unionskandidaten aufgeschrieben, wir hätten in Deutschland ein Minuswachstum? Davon kann überhaupt keine Rede sein. Jetzt werde ich Ihnen einmal vorführen, was Sie an dieser Stelle betreiben: Wir hatten zweimal ein Minus im Vergleich zum Vorquartal, nämlich im dritten und vierten Quartal des vergangenen Jahres. Seit dem ersten Quartal dieses Jahres wächst die Wirtschaft wieder: im ersten Quartal und auch im zweiten Quartal um jeweils 0,3 Prozent im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal. Anders sieht der Vergleich mit dem Vorjahr aus: Im ersten Quartal dieses Jahres waren es im Vergleich zum ersten Quartal 2001 minus 1,2 Prozent. Sie sprechen davon, im ersten Halbjahr seien es minus 0,4 Prozent gewesen. Das ist auch nicht verkehrt; Sie unterschlagen nur eines: Bereits im zweiten Quartal dieses Jahres liegen wir im Wachstum mit 0,5 Prozent wieder über dem zweiten Quartal des vergangenen Jahres. Wir befinden uns also auf einem gesicherten Wachstumspfad. Nur, Sie können das für Ihre Propaganda nicht gebrauchen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der FDP)

Da Sie die Zahlen nicht bestreiten können, müssen Sie zu dem Kunstgriff greifen, den Unterschied zwischen dem zweiten Quartal 2001 und dem zweiten Quartal 2002 zu kaschieren. Mit diesem Kunstgriff behaupten Sie, wir steckten noch im Minus. Tatsächlich liegen wir im Wachstum bereits wieder deutlich über dem vergangenen Jahr. Machten Sie eine verantwortliche Wirtschaftspolitik, würden Sie die Fakten nicht derart leugnen, meine Damen und Herren, sondern auch die andere Hälfte, die etwas mit Psychologie zu tun hat, ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Methode aber ist die folgende: erst das Land schlecht regieren und dann, wenn Sie nicht mehr regieren dürfen, das Land schlechtreden. So, meine Damen und Herren, darf man mit diesem Land nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundesminister Hans Eichel

- (A) Damit alle wissen, wo wir stehen, füge ich hinzu: Auch im vergangenen Jahr war bei uns das Wachstum stärker als in den Vereinigten Staaten und in Japan. Das haben Sie noch gar nicht zur Kenntnis genommen; aber das sollten Sie sich einmal zu Gemüte führen. Das einzig Bemerkenswerte in Amerika ist dabei, wie schön am Anfang die Statistiken aussehen und was wirklich herauskommt, wenn sie hinterher bereinigt sind.

Ich wiederhole: In den letzten beiden Quartalen gab es ein reales **Wachstum**. Es war genau so stark wie im Durchschnitt der Europäischen Union. Vom Wiedervereinigungsboom 1992 bis 1996 hat uns eine unionsgeführte Bundesregierung an das Ende der Wachstumstabelle in Europa gebracht und dort verankert. Aufgrund unserer Politik sind wir im Moment wieder mitten im Geleitzug und können weiter nach vorn kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

– Ich weiß, das tut Ihnen weh. Ihnen wäre es am liebsten, die Geschichte begänne erst mit diesem Jahr und Sie könnten verschleiern, in welchem Zustand sich diese Republik 1998 befand, als Sie die Regierung verlassen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Damit diese Debatte endlich einmal zu Ende gebracht wird, mache ich Sie auf das „Handelsblatt“ von gestern aufmerksam. Dort heißt es:

- (B) Unter den führenden Industrienationen bleibt Italien wie schon nach den definitiven Zahlen des ersten Quartals das Schlusslicht. In Deutschland und den USA war das Wachstum mit jeweils 0,3 Prozent etwas größer als in Italien.

So viel zu Ihrer Schlusslichtdebatte, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir kommen weiter nach vorne. Die Preise sind stabil. Im August hatte Deutschland die niedrigste **Preissteigerungsrate** in der Europäischen Union und im Euroraum. Deutschland ist überhaupt der Stabilitätsanker in der Europäischen Union.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

– Die Zahlen sind jedenfalls immer dieselben.

Der **Export** lief bislang recht gut. Noch im Mai gab es ungewöhnlich viele Auslandsaufträge, während sich im Juni und Juli erste Bremsspuren aufgrund der gestiegenen weltwirtschaftlichen Risiken zeigten. Die Inlandsaufträge haben dagegen das zuvor erreichte Niveau annähernd behauptet. Die Industrieproduktion ist im Zweimonatsdurchschnitt um 1,1 Prozent gewachsen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wo leben Sie denn?)

– Das sind alles offizielle Zahlen.

Ohne die Hochwasserkatastrophe, die im Osten die Stimmung gedrückt hat, wäre auch die Einschätzung der

Wirtschaftslage sicherlich positiver. Dabei besteht im Osten kein Grund zur Beunruhigung. (C)

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Die Weltkonjunktur!)

Mit den Hilfsprogrammen, die wir solide finanzieren, wird ein Abrutschen der betroffenen Gebiete vermieden und entsteht neue Wachstumsdynamik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gefährdet ist der Aufschwung nur, wenn der **Irak-Konflikt** eskaliert. Dann könnte der Ölpreis explodieren und viele Planungen über den Haufen werfen. Die Entwicklung des Ölpreises, die wir jetzt erleben, resultiert bereits aus dieser Diskussion und hat keine realen Gründe in den Fördermengen und in der Nachfrage am Ölmarkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung wird sich jedenfalls dafür einsetzen, dass es nicht so weit kommt. Wir nehmen die Warnungen des Internationalen Währungsfonds an dieser Stelle außerordentlich ernst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Unionskanzlerkandidat spricht öffentlich von hohen **Investitionen** deutscher Unternehmen im Ausland und begründet damit seine Behauptung, wir hätten ein schlechtes Wirtschaftsumfeld. So ist das, wenn man auf einem Auge blind ist; das ganz Bild kann man dann wohl nicht sehen. Im vergangenen Jahr haben Ausländer mehr in Deutschland investiert als je zuvor. Es gibt einen neuen Rekord bei den Direktinvestitionen. (D)

Sehen Sie sich die Zahlen noch einmal an: Von 1994 bis 1998 erfolgten in Deutschland ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 53 Milliarden Euro; von 1999 bis 2001 waren es 300 Milliarden Euro. Selbst wenn Vodafone nicht einbezogen wird, stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland während unserer Regierungstätigkeit enorm an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

1998 wurden 58 Milliarden Euro mehr von Deutschen im Ausland investiert als von Ausländern in Deutschland, weil die Union das Land in den Reformstau getrieben hatte. Allein im ersten Halbjahr 2002 haben Ausländer 20 Milliarden Euro mehr in Deutschland investiert als Deutsche im Ausland. Das heißt: Arbeitsplätze entstehen hier und nicht im Ausland, wie es zu Zeiten der Unionsregierung der Fall war.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/
CSU)

Das zeigt das verbesserte Umfeld an. Dafür haben wir gesorgt, insbesondere mit der Steuerreform, mit der Haushaltskonsolidierung und mit der Rentenreform.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Bundesminister Hans Eichel

- (A) Zu einem weiteren Fehler des Unionskanzlerkandidaten: In diesem Jahr gibt es über 1,1 Millionen Beschäftigte mehr als 1998 und keinesfalls weniger.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Nicht eine Stunde wird mehr gearbeitet!)

Sie versuchen das kleinzureden, indem Sie völlig bewusst die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Beschäftigten verwechseln. Es gab 1,1 Millionen Beschäftigte mehr.

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Statistisch!)

Das hat nichts mit der Umstrukturierung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zu tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Arbeitsvolumen**, das in Ihrer Zeit zurückgegangen ist – im ersten Halbjahr 1998 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1994 um 884 Millionen Arbeitsstunden –, ist in unserer Zeit wieder gestiegen. Im ersten Halbjahr 2002 lag das Arbeitsvolumen um 190 Millionen Stunden über dem Arbeitsvolumen des ersten Halbjahres 1998, das Sie noch zu verantworten hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Manfred Grund [CDU/CSU]: Das ist nicht wahr!)

Innerhalb der letzten vier Jahre sind im Vergleich zu den vier Jahren davor, in denen die Union regierte, mehr als zehnmal so viel neue Arbeitsplätze entstanden.

- (B) (Friedrich Merz [CDU/CSU]: Bei diesen Zahlen müssten wir ja Vollbeschäftigung haben!)

Dabei müsste eigentlich zusätzlich berücksichtigt werden, dass die Regierung Kohl die Zahl der ABM-Stellen vor den Wahlen um 280 000 über den heutigen Stand hinaus erhöhte, um die Arbeitslosenstatistik zu schönen. Solche Tricks machen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im nächsten Jahr erwarten wir wie alle Prognostiker, dass die Zahl der Arbeitslosen wieder zurückgehen wird. Gleichzeitig steigt die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wieder an. Das führt zu höheren Beitragseinnahmen und niedrigeren Ausgaben für das Arbeitslosengeld. Neben der verbesserten Konjunktur ist dies auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesregierung zurückzuführen.

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Eichels Märchenstunde!)

Das Job-AQTIV-Gesetz, das Mainzer Modell und die Reform der Bundesanstalt für Arbeit tragen hier ihre Früchte.

Diese Erfolge werden durch die schnelle Umsetzung des **Hartz-Konzepts** unterstützt.

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Das sieht Herr Gerster aber anders!)

„Fördern und fordern“ ist der Grundgedanke des Konzepts. Die Vermittlung wird verbessert; die Zumutbarkeitsregeln werden im Gegenzug verschärft. Auf pau-

schale Leistungskürzungen brauchen wir nicht zurückzugreifen, individuelle sind aber möglich. Eine Vielzahl von Maßnahmen wird den Arbeitsmarkt beleben und entlasten. Die Wirtschaft behauptet, sie habe um die 1,5 Millionen unbesetzte Stellen. Diese können wir schnell besetzen. Ich appelliere an die Unternehmen, freie Stellen schnell zu melden, und ich appelliere an die Fortbildungsinstitutionen, ihre Arbeit so auszurichten, dass sie sich wirklich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen: Es ist schon bemerkenswert, wie Sie mit dem Konzept der Hartz-Kommission umgehen. Das ist dasselbe Hin und Her, wie wir es bei allen zentralen Fragen der letzten Wochen erlebt haben. Mal sind Sie dafür, mal sind Sie dagegen und dann halten Sie wiederum einzelne Dinge für ungeeignet. Man weiß überhaupt nicht, wo Sie eigentlich hin wollen.

(Franz Thönnies [SPD]: Das wissen die auch nicht!)

Das, was Ihr Kanzlerkandidat gemacht hat, geht nun wirklich überhaupt nicht. In dieser Kommission saßen Vertreter der Wirtschaftsverbände, der Unternehmen und des Arbeitgeberlagers sowie Gewerkschaftler, Landes- und Kommunalpolitiker und Wissenschaftler, also Leute über alle gesellschaftlichen Gruppengrenzen und über Parteigrenzen hinweg. Diese haben es in der heißen Phase des Wahlkampfes fertig gebracht, ein gemeinsames Konzept zu präsentieren. Das hat eine andere Antwort verdient als die von Herrn Stoiber, der das mit dem Wort „Gequatsche“ vom Tisch gewischt hat. Damit disqualifiziert man sich selbst, wenn man Kanzler werden will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat mich auch überrascht, mit welcher Nonchalance der Unionskanzlerkandidat die Bundesregierung für die **Arbeitslosigkeit** verantwortlich macht, die in der Regierungszeit Kohl entstanden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU/CSU)

Den stärksten regionalen Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichnet schon seit Monaten Bayern.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das musste ja kommen! Das ist ja nicht zu glauben! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

– Ich weiß, dass Sie das alles nicht gerne hören. Es kann Ihnen aber nicht erspart werden.

Allein im letzten Monat stieg dort die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres weit überdurchschnittlich um 19,5 Prozent an. Das muss einem Sorgen machen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Oh je, oh je!)

Die bayerische Wirtschaftspolitik verschlechtert die Arbeitsmarktzahlen für ganz Deutschland. Daran sollten Sie arbeiten.

Bundesminister Hans Eichel

- (A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ist ja nicht zu glauben! – Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Dieser Mensch ist hemmungslos!)

Noch etwas muss deutlich gesagt werden: Konservative und Liberale fördern ständig eine wesentlich stärkere **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes**,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Richtig!)

ohne jedoch präzise zu werden, wenn man nachfragt, was damit eigentlich gemeint ist. Sehen wir uns einmal die Vereinigten Staaten mit einem völlig flexibilisierten Arbeitsmarkt an. Ich bin dafür, genau hinzusehen. In den USA ist die Arbeitslosigkeit von Juni 2001 bis Juni dieses Jahres um 1,3 Prozentpunkte angestiegen, also um ein Vielfaches im Vergleich zu den Zahlen in Deutschland und den meisten Ländern der Europäischen Union.

(Dr. Günter Rexrodt [FDP]: Wie hoch ist sie denn?)

Die Unionsvorschläge zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes würden bei jeder konjunkturellen Delle massenhaft Arbeitslosigkeit produzieren. Wir sollten deutsche und europäische Errungenschaften nicht vorschnell über Bord werfen. Unser deutscher Weg ist gerade in der Sozialpolitik nicht der schlechteste; das zeigt sich in diesen Tagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Meine Damen und Herren, größter Ausgabenblock im Bundeshaushalt bleibt der Zuschuss zur **Rentenversicherung**. Mit 77,2 Milliarden Euro finanziert der Bund im Jahr 2003 fast 37 Prozent der Rentenausgaben.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Tja!)

Wir sind bei der Rente also längst bei der Drittelparität: Bund, Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzieren die Rente zu etwa gleichen Teilen.

Ein Teil des Bundeszuschusses stammt aus der Ökosteuer. Ohne sie wären die Rentenversicherungsbeiträge und sicherlich auch die Arbeitslosigkeit deutlich höher. Herr Seehofer kennt die Mechanik, musste sie aber offensichtlich auf Weisung von Herrn Stoiber leugnen. Allein die Aussetzung der nächsten Stufe der Ökosteuer würde einen Anstieg der Rentenversicherungsbeiträge um 0,2 Prozentpunkte bedeuten.

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Jetzt baut er schon vor!)

Ich habe gelesen, dass Sie das über die Bundesanstalt für Arbeit refinanzieren wollen. Im Bundeshaushalt 2003 gibt es keinen Zuschuss für die Bundesanstalt für Arbeit mehr. Das ist eine Konsequenz der Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes und der Vorschläge der Hartz-Kommission.

(Lachen bei der CDU/CSU und FDP – Michael Glos [CDU/CSU]: Er ist ein Humorist und kein Finanzminister!)

(C) Meine Damen und Herren, wie Sie Geld aus der Bundesanstalt für Arbeit in die Rentenversicherung bringen wollen, müssen Sie uns einmal erzählen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, rechtlich ist es gar nicht möglich. Wenn überhaupt, geht das nur über eine Steigerung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages. Das müssten Sie dann aber irgendjemand anderem erzählen.

Mit der Rentenreform ist der Einstieg in die **private Altersvorsorge** gelungen. Das ist der größte Fortschritt seit Einführung der umlagefinanzierten Rente und es ist ein großer Schritt auf dem schwierigen Weg, die Lohnnebenkosten zu senken.

Der Bund fördert den Aufbau der privaten Altersvorsorge. Die Förderung ist dort am stärksten, wo sie am nötigsten ist: bei Familien und bei den Beziehern kleiner Einkommen. Natürlich sind auch die Mindereinnahmen aus der steuerlichen Förderung im Haushalt berücksichtigt.

Massiv steuerlich entlastet wurde in den vergangenen Jahren der **Mittelstand**. Neben Familien und Arbeitnehmern zählt er zu den großen Gewinnern unserer Steuerpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Experten bestätigen das: der Sachverständigenrat, die Bundesbank, Arthur Andersen im Auftrag des „Handelsblattes“, Professor Wagner vorgestern in der „Süddeutschen Zeitung“ und Herr Braun, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Mit diesem Herrn muss man zwar manchmal streiten; aber falsche Behauptungen setzt er nicht in die Welt. Das muss anerkannt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Braun sagt klar: Es gibt keine Benachteiligung des Mittelstandes in unserer Steuerreform. Wie sollte das übrigens der Fall sein, wo doch der Steuerexperte des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Herr Kühn, der Vorsitzende der Kommission für die Erarbeitung der Unternehmensteuerreform gewesen ist? Er hätte seinen Job beim DIHK verloren, wenn er einen Vorschlag präsentiert hätte, der den Mittelstand gegenüber den großen Gesellschaften benachteiligt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ungeachtet dessen fahren Sie durch das Land und behaupten das Gegenteil. Sie sagen den Menschen vorsätzlich die Unwahrheit, um daraus politische Vorteile zu ziehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen müssen Sie sich schon entscheiden: Entweder ist die Steuerreform gut, dann sollten Sie für ihre Umsetzung stimmen, oder sie ist schlecht, dann kann für Sie die

Bundesminister Hans Eichel

- (A) Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform um ein Jahr wirklich kein Problem sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein wahrheitswidriges Propagandagebäude ist noch nie so schnell zusammengebrochen wie in dem Augenblick, als das Bundeskabinett entschieden hat, zur Finanzierung des Aufbaus in den durch die **Flutkatastrophe** geschädigten Gebieten die zweite Stufe der Steuerreform um ein Jahr zu verschieben. Über Nacht war die **Verschiebung der Steuerreform** – diese Reform war vorher ein Teufelswerk und bedeutete eine Benachteiligung des Mittelstandes – um ein Jahr für 200 000 Entlassungen und für 25 000 Pleiten im Mittelstand verantwortlich, wie Herr Philipp sagte. Ja, was denn nun? Soll diese Reform für den Mittelstand vor der Flutkatastrophe etwa schlecht und hinterher gut gewesen sein? Sie haben nicht erwartet, dass Sie noch vor der Wahl den Beweis für die Wahrheit Ihrer haltlosen Propaganda antreten müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben die Tür weit aufgemacht, um Ihnen die Zustimmung zu einer soliden Finanzierung des Aufbaus in den Katastrophengebieten zu ermöglichen. Wir haben gesagt: Wenn Sie mit unseren Plänen Probleme haben, dann legen Sie Vorschläge auf den Tisch.

(Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Große Kapitalgesellschaften! Wo
war denn der Vorschlag von Herrn Stoiber?)

- (B) Ihre erste Forderung war: Die Körperschaften müssen beteiligt werden. Diese Forderung hat dann auch der BDI erhoben. Dem sind wir nachgekommen. Hinterher haben Sie gesagt: Das haben wir aber nicht gewollt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ansonsten hat es Ihrerseits überhaupt keine Vorschläge gegeben. Das Propagandamärchen, dass die Steuerreform den Mittelstand benachteiligt – Sie hatten die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu machen –, ist bereits vor der Wahl zusammengebrochen. Kein vernünftiger Mensch in diesem Lande glaubt Ihnen mehr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Hans-Peter Repnik [CDU/
CSU]: Fragen Sie einmal die Mittelständler!)

Fest steht: Die **Steuersätze** aller Steuerzahler sind gesunken. Keiner will das Steuerrecht von 1998 zurück; sonst würde er nämlich viel mehr Steuern zahlen müssen. Die Besserstellung der Personengesellschaften ist auch am Gründungsgeschehen abzulesen. Die weitaus überwiegende Zahl wählt die Personengesellschaft als Organisationsform auch deshalb, weil es – das wissen Sie ganz genau – die steuerlich bessere Alternative ist.

Der bayerische Ministerpräsident verdreht die Realität, wenn er behauptet, den Menschen gehe es heute schlechter als vor vier Jahren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Recht hat er!)

Das Gegenteil ist richtig. Zwischen 1994 und 1998 sind die verfügbaren Nettoeinkommen der Arbeitnehmer jähr-

lich real um 1,5 Prozent gesunken. Das entspricht (C) 930 Euro pro Arbeitnehmer. Seit 1998 steigen die Nettoeinkommen wieder um durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr. Die Nettolöhne lagen 2001 im Durchschnitt um 580 Euro über dem Niveau des Jahres 1998. Das geht auch auf unsere Steuerpolitik und unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit zurück.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Union hat die Arbeitnehmer mit ihrer Politik in den 90er-Jahren ärmer gemacht. Das ist die statistische und auch die gefühlte Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir geben den Menschen das jetzt Stück für Stück zurück. Wenn wir am 22. September dieses Jahres um ein neues Mandat bitten und dafür kämpfen, dann tun wir das auch, damit wir ihnen in der nächsten Wahlperiode erst einmal all das zurückgeben können, was Sie ihnen in den 90er-Jahren abgenommen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Es geht den Menschen in Deutschland – auch wenn wir alle Sorgen haben, die wir übrigens auch behalten werden; denn es wird in der Weltgeschichte nur wenige Schönewetter-Perioden geben – heute besser als vor vier Jahren. Es gibt mehr Arbeitsplätze, nämlich 1,1 Millionen mehr Beschäftigte – das habe ich vorhin schon erwähnt –, und höhere Einkommen bei stabilen Preisen. Es gibt mehr Kindergeld und niedrigere Steuern. All dies können Sie überhaupt nicht bestreiten. Wir arbeiten dafür, dass es auch in Zukunft weiter aufwärts geht. Wenn ich den bayerischen Ministerpräsidenten über dieses Thema sprechen höre, denke ich manchmal: Er liest Akten und verdreht Fakten. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bei aller Finanznot und trotz bzw. wegen strenger Ausgabenkontrolle ist es uns gelungen, neue Schwerpunkte zu setzen. Der wichtigste ist, denke ich, die **Familienpolitik**. 1998 hat der Bund für Familien 40,2 Milliarden Euro bereitgestellt. In diesem Jahr sind es über 59 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung um 45 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dreimal haben wir das **Kindergeld** erhöht. Jetzt bekommt eine Familie mit zwei Kindern 1 920 DM bzw. knapp 1 000 Euro netto. Das ist für viele, insbesondere in Ostdeutschland, wo die Einkommen noch niedriger sind, das 13. Monatsgehalt. Das hat es nach dem Zweiten Weltkrieg noch nie in einer Wahlperiode in der alten Bundesrepublik und bisher auch nicht in der wiedervereinigten Deutschland gegeben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Im Haushalt 2003 ergänzen wir diesen Ansatz durch verstärkte Investitionen in die **Betreuungsinfrastruktur**.

Bundesminister Hans Eichel

- (A) Wir wollen es den jungen Menschen ermöglichen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Es ist doch ein Drama, das wir in Deutschland zu vertreten haben, dass wir die jungen Frauen, statt ihnen die Möglichkeit zu bieten, Beruf und Familie zu vereinbaren, vor die Frage stellen: Wollt ihr das eine oder das andere? Wer heute mit den jungen Frauen diskutiert, dem wird gesagt: Das größte Problem ist nicht mehr das finanzielle, sondern die Frage: Wohin soll mein Kind, wenn es mittags aus der Schule kommt? Wir stellen daher 4 Milliarden Euro bereit, damit jede vierte Schule in Deutschland die Ganztagschule anbietet. Das ist unsere Antwort für die nächste Wahlperiode.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten sonntags keine schöne Reden darüber, wie wichtig es für das ganze Land ist, dass die Frauen Kinder bekommen und großziehen – übrigens wäre es auch gut, wenn sich die jungen Männer ein bisschen stärker daran beteiligten, als das in unserer Generation üblich war –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und zwingen die Frauen montags, nur eine halbe Stelle anzunehmen oder ganz aus dem Beruf auszusteigen, um ihnen am Ende des Berufslebens nur eine geringe Rente zukommen zu lassen – als Dank des Vaterlands dafür, dass sie Kinder großgezogen haben. Meine Damen und Herren, das ist keine gerechte Gesellschaft und so wird man auch keine kinderfreundliche Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ein weiterer Schwerpunkt dieses Haushaltes sind die Ausgaben für **Forschung und Bildung**. 1998 hat die Vorgängerregierung dafür 7,3 Milliarden Euro bereitgestellt; das war übrigens weniger als noch ein paar Jahre zuvor. Für nächstes Jahr planen wir 9,3 Milliarden Euro ein, also 2 Milliarden Euro mehr als im Jahre 1998, dem letzten Haushalt, den Sie von der CDU/CSU und der FDP zu verantworten hatten. Das ist der größte Forschungs- und Bildungshaushalt Deutschlands seit der Wiedervereinigung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen Deutschland auch langfristig an die Spitze von Forschung und Technologie marschieren sehen und den in den letzten Jahren erreichten hervorragenden Wettbewerbsplatz halten. Allein an den Patentanmeldungen gemessen, gibt es nur noch drei kleine Länder in Europa, die etwas besser sind als wir. Wir stehen in diesem Bereich vor allen großen Ländern und an der Spitze der G-7-Industrienationen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hans-Peter Replik [CDU/CSU]: Und die besten sind Baden-Württemberg und Bayern)

Die Ausgaben für Forschung und Bildung sind Zukunftsinvestitionen. Wer hier spart, gefährdet den Wohlstand unserer Kinder. Darüber hätten Sie nachdenken sollen, als Sie, doch wohl auch billigend, hingenommen haben, dass sich die Zahl der durch **BAföG** geförderten Studenten von 650 000 im Jahre 1990 auf 340 000 im

Jahre 1998 fast halbiert hat. Das ist die schlimmste Unterlassung, die Sie hinsichtlich Zukunftsinvestitionen zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen haben wir die BAföG-Reform gemacht; deswegen werden heute schon wieder 100 000 Studentinnen und Studenten mehr durch BAföG gefördert. Man kann nicht in drei Jahren all das, was Sie acht Jahre vorher abgebaut haben, wieder aufbauen. Man kann aber, meine Damen und Herren, die Weichen umlegen und in die richtige Richtung stellen. Danach muss man den eingeschlagenen Weg konsequent weiter gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Opposition orientiert ihre Politik neuerdings ja an Quoten. Sie scheint mir geradezu quotenfixiert. Aber selbst an diesen zweifelhaften Maßstäben gemessen, ist unsere Politik überaus erfolgreich. Gegenüber 1998 haben wir die Staatsquote, die Abgabenquote und die Steuerquote gesenkt. Das waren Nebenprodukte unserer Politik, mit der wir die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft gelegt haben, indem wir mit Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Familienförderung und die Bildung die Basis für künftiges Wachstum gelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sehen wir uns dagegen einmal Ihre dreimal 40 an: Die ersten 40 Prozent betreffen die Senkung der **Staatsquote**; das ist in überschaubarer Zeit völlig unrealistisch. In heutigen Zahlen heißt das: Der gesamte Bundeshaushalt wird dichtgemacht, es bleiben nur noch Zinszahlungen übrig – völlig unrealistisch.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Reden Sie doch nicht solch einen Unsinn! Das wissen Sie doch, dass das Quatsch ist!)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, das dann noch mit einer Politik, die Neuverschuldung forciert, kombinieren, ist damit das Ende jeglicher Handlungsfähigkeit des Staates erreicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man Quoten senken will, muss man zuerst dafür sorgen, dass der Staat handlungsfähig ist. Man kann niedrigere Quoten anstreben, aber nur dann, wenn man vorher die Verschuldung gesenkt hat. Sonst wird der Staat handlungsunfähig.

Die Senkung der **Lohnnebenkosten** auf 40 Prozent ist eine ganz richtige Zielsetzung. Ich sehe hier nur ein Problem: In den 16 Jahren, als Sie an der Regierung waren, sind die Lohnnebenkosten nur gestiegen. Erst in der jetzigen Legislaturperiode unter dieser Regierung sinken sie zum ersten Mal wieder.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Unsinn! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Stimmt doch gar nicht!)

(C)

(D)

Bundesminister Hans Eichel

- (A) Sie können nun sagen, das bisher Erreichte reiche nicht. Das ist in Ordnung. Uns reicht das auch nicht. Aber Sie, die das dauernde Steigen der Lohnnebenkosten zugelassen haben, haben nicht das Recht, uns an dieser Stelle zu kritisieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht! Das war doch in den ersten acht Jahren vor der Wiedervereinigung anders! Das ist eine glatte Lüge!)

Die Logik desjenigen, der auf die Idee gekommen ist, neben den wichtigen Fragen der Senkung der Staatsquote und der Lohnnebenkosten – wobei ich glaube, dass Sie in einem Punkt falsch liegen – die Senkung des Spitzensteuersatzes zum dritten wichtigen Staatsziel zu erklären, erschließt sich mir nicht. Das alleine charakterisiert vollständig Ihre Steuerpolitik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen möchte ich Ihnen, da wir schon so viel über Quoten diskutieren, zwei weitere 40-Prozent-Quoten ans Herz legen: zum einen die der **Abiturientinnen und Abiturienten** in Bayern pro Jahrgang. Diese liegt gerade einmal bei 29 Prozent. Das ist 7 Prozent unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Mit solchen Quoten sind wir in Europa nicht konkurrenzfähig; da müssen Sie eine Menge tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: So würde ich nicht argumentieren!)

(B)

– Nein, dort gibt es mehr Schläue, verehrter Herr Dr. Gerhardt. In Bayern kommt diese Quote ja auf dem Lande zustande. Kinder, die in Bayern auf dem Lande leben, sind nicht dümmer als anderswo, sie haben nur weniger schulische Chancen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen und Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Hans Michelbach [CDU/CSU]: PISA!)

Man könnte auch über die **Frauenquote** reden; auch diese ist bezeichnend: 18 Prozent in Ihrer Bundestagsfraktion und 13 Prozent in der CSU-Landesgruppe. Sie haben noch einen weiten Weg vor sich, ehe Sie tatsächlich den Frauen klar gemacht haben, dass Sie ihnen die gleichen Rechte in der Gesellschaft zugestehen wollen wie den Männern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch der Abg. Angelika Volquartz [CDU/CSU])

Meine Damen und Herren, wir haben die Staatsverschuldung eingedämmt. In Zukunft wird die Verfolgung dieses Zieles nicht leichter; das lässt keine Schönwetterpolitik zu, sondern erfordert unter jeweils veränderten Rahmenbedingungen immer wieder neue schwierige Entscheidungen. Die Situation ist schwierig: Es gibt Zusatzbelastungen; die aber, wenn wir uns anstrengen, beherrschbar sind.

(C) Wir stehen trotz aller Finanzenge fest zum europäischen **Stabilitäts- und Wachstumspakt**. Bei der Union habe ich da meine Zweifel und – ich wiederhole es – auch in Brüssel sind die Zweifel sehr ausgeprägt. Auch da überlegt man sich sehr genau, welcher Wahlausgang in Deutschland welche Konsequenzen für den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt haben wird.

Wer vollmundig ein Sofortprogramm ankündigt, das dem Staat zusätzliche Schulden aufhalsen würde – ich will, Herr Merz, gar nicht darüber streiten, ob es 10 oder 20 Milliarden Euro sind; ich werde Ihnen aber Zahlen nennen –, steht in Wirklichkeit nicht hinter dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Mit diesem Programm reißt Deutschland die Latte garantiert.

Die solide Finanzierung der Hochwasserhilfen will die Union kippen – Kosten: 7 Milliarden Euro. Die Ökosteuer soll ausgesetzt werden – zusätzliche 3 Milliarden Euro. Der Niedriglohnbereich soll mit 3 Milliarden Euro subventioniert werden. Die Gewerbesteuerumlage wollen Sie senken; das macht 2 Milliarden Euro. Für die Abschreibungsvergünstigungen benötigen Sie wiederum 2,5 Milliarden Euro. Und so geht es weiter. Den Bundeswehretat wollen Sie aufstocken, vorsichtshalber nennen Sie keine Zahl. Auf diese Weise sind wir in kürzester Zeit weit über den von Ihnen behaupteten 10 Milliarden Euro – obwohl es bei diesen Größenordnungen schon fast nicht mehr darauf ankommt.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Aber sie müssen es nicht machen, deshalb können sie so locker daherreden!)

(D) Alles ist mit Luft finanziert und genährt von der Hoffnung, die US-amerikanische Wirtschaft komme schneller auf die Beine, wenn ein Bayer von München nach Berlin umzieht. Wer soll das ernst nehmen?

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD)

Wir bieten dagegen die Fortführung unserer soliden Haushaltspolitik an. Wir sind auf dem Weg zu einem gesamtstaatlichen Haushalt ohne neue Schulden und zu einem Bundeshaushalt ohne **Neuverschuldung**. Das erfordert große und jedes Mal wieder neue Anstrengungen, weil wir das in durchaus schwierigen Zeiten hinkommen müssen. Wenn wir das erreicht haben, können wir damit beginnen, den Schuldenberg Schritt für Schritt abzubauen.

Wir haben **soziale Gerechtigkeit** wieder zu einem Leitmotiv der Politik gemacht. Deutschland ist in den vergangenen vier Jahren deutlich vorangekommen und wir werden es weiter stärken.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wer glaubt das denn?)

Der Bundeshaushalt 2003 ist eine wichtige Zwischenstation. Mit ihm geht es weiter auf dem Weg der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Bekämpfung der Staatsverschuldung und der besseren Versorgung der gesamten Bevölkerung.

Wir halten auch in der nächsten Legislaturperiode an unserem finanzpolitischen Kurs der **Sanierung der**

Bundesminister Hans Eichel

- (A) **Staatsfinanzen** fest. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir unsere Arbeit bezüglich der Modernisierung unseres Landes erfolgreich fortführen können. Dafür haben wir uns in den kommenden Jahren noch viel vorgenommen. Wir werden den **Arbeitsmarkt** durch die Umsetzung der Hartz-Vorschläge – sie hat bereits begonnen – in Ordnung bringen. Die nötige Gemeindefinanzreform ist in Vorbereitung. Wir werden weitere Schritte zur Reform des **Gesundheitswesens** unternehmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Versprochen, gebrochen!)

Den **Kapitalmarkt** haben wir reformiert; er wird weiter modernisiert und den veränderten Bedingungen angepasst. Der **Aufbau Ost** behält seine hohe Priorität. Darauf können die ostdeutschen Länder und die Menschen in jenen Ländern setzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wichtigste: Unser Haushalt schafft die Grundlage für **Wachstum und Beschäftigung**. Die Investitionen sind wieder gestiegen, die Zukunftsbereiche werden gestärkt, die Verlässlichkeit schafft Vertrauen – Vertrauen, das sich auszahlt, für Unternehmen genauso wie für Arbeitnehmer, Familien, Jung und Alt.

Wer wie Sie bei der ersten unvorhergesehenen größeren Maßnahme wieder nichts anderes weiß, als in alte Schuldenpolitik zurückzufallen, der kann in schwierigen Zeiten nicht verlässlich das Land führen.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer in solchen Zeiten klaren Kurs hält, dabei weiß, dass nichts einfach ist, dass Politik keine Schönwetterveranstaltung ist und dass man jedes Jahr vor neuen schwierigen Entscheidungen steht, der kann das Land führen. Die Menschen haben gespürt, dass es diese Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Schröder schafft.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Auf Wiedersehen!)

Ich bin sehr optimistisch, dass genau das am Anfang der nächsten Legislaturperiode hier im Deutschen Bundestag wieder sichtbar werden wird. Sie bleiben in der Opposition und wir werden unseren konsequenten Kurs fortsetzen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, will ich Geburtstagsglückwünsche nachholen. Der Kollege **Detlef Parr** feierte am 8. September und der Kollege **Volker Neumann** (Bramsche) feierte am 10. September jeweils den 60. Geburtstag. Ich gratuliere den Kollegen nachträglich sehr herzlich.

(Beifall)

Wir beginnen die Haushaltsberatungen mit den Geschäftsbereichen des Bundesministeriums der Finanzen und der Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung, für Wirtschaft und Technologie sowie für Verkehr, Bau-

und Wohnungswesen. Außerdem rufe ich in Verbindung mit den Einzelplänen 08, 11, 09 und 12 die Tagesordnungspunkte 2 a und b sowie 3 a bis d auf:

- 2.a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften und zur Errichtung eines Fonds „Aufbauhilfe“ (**Flutopfersolidaritätsgesetz**)

– Drucksache 14/9894 –

(Erste Beratung 251. Sitzung)

- Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der PDS eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Ausgleich der von der Hochwasserkatastrophe im August 2002 verursachten Eigentumschäden

(**Hochwasserschaden-Ausgleichsgesetz**)

– Drucksache 14/9895 –

(Erste Beratung 251. Sitzung)

- aa) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

– Drucksache 14/9934 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Jörg-Otto Spiller

Heinz Seiffert

Oswald Metzger

- bb) Berichte des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksachen 14/9935, 14/9936 –

(D)

Berichterstattung:

Abgeordnete Dietrich Austermann

Hans Georg Wagner

Oswald Metzger

Jürgen Koppelin

Dr. Uwe-Jens Rössel

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Schnelle Hilfe für die Flutopfer

– zu dem Antrag der Fraktion der PDS

Stärkere Beteiligung von Großunternehmen an der Bewältigung von Hochwasserschäden durch Körperschaftsteuer auf Veräußerungsgewinne

– zu dem Antrag der Fraktion der PDS

Stärkere Beteiligung von Kapitalgesellschaften an der Bewältigung von Hochwasserschäden durch Erhöhung der Körperschaftsteuersätze

– zu dem Antrag der Fraktion der PDS

Bewältigung der Flutkatastrophe gerecht finanzieren – Vermögensabgabe erheben

– zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Dr. Hermann Otto Solms,